

GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Schwerpunkt: Fairer Weltagrарhandel

Überlebenstraining für Kleinbauern

Die EU-Agrarpolitik und die Handelsbedingungen in der WTO zerstören die Existenz von Kleinbauern im Süden und im Norden

Liebe Leserin, lieber Leser,

Haben Sie sich auch schon mal gefragt, ob sich die Interessen der Bauern und Bäuerinnen bei uns in Europa und in den Entwicklungsländern vereinbaren lassen? Dass der Norden viel mehr Mittel zur Verfügung hat, um seine Landwirtschaft zu fördern, ist ja bekannt. Ebenso klar ist, dass einige der Agrarsubventionen im Norden den Kleinbauern im Süden größte Schwierigkeiten bereiten. Doch wie sieht es genau aus?

Delegierte aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die bei der Welthandelsorganisation WTO für ihre Länder verhandeln, haben sich auf Einladung von Germanwatch und anderen Organisationen auf deutschen Bauernhöfen umgesehen. Sie ließen sich zeigen, wofür Subventionen hierzulande verwendet werden, und haben sich ihre eigene Meinung dazu gebildet – der Leitartikel und das Interview auf Seite 4 berichten davon.

Und auf Seite 2 erfahren Sie, wie die WTO die Sommerpause genutzt hat: In Genf wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Dabei war nicht nur die kritische Öffentlichkeit ausgeschlossen, sondern bis kurz vor Schluss auch die Mehrzahl der Delegierten. Kann das richtig sein?

Anregende Diskussionen wünscht Ihnen

Brigitta Herrmann

Dr. Brigitta Herrmann

Industrieländer sichern Privilegien

Kommentar zum neuen WTO-Rahmenabkommen S. 2

Unterbieten Verboten!

Kampagne gegen Agrardumping S. 3

„Jede Subvention verzerrt den Wettbewerb“

Interview mit kenianischer WTO-Verhandlerin S. 4



Warum ich Germanwatch wichtig finde:

Germanwatch zeigt die Zusammenhänge zwischen internationaler Agrarpolitik und deren Auswirkungen in Entwicklungsländern. Es gibt da eine sehr positive Verbindung: Beide Seiten können profitieren, wenn Landwirtschaft künftig nachhaltig betrieben wird. Nur wenn jeder die Kultur und die Traditionen der anderen Seite respektiert und versucht, dem anderen nicht zu schaden, dann ist Agrarwirtschaft wirklich nachhaltig. Dafür setzt sich Germanwatch ein.

Devinder Sharma

Handelsexperte,
Agrarwissenschaftler und
preisgekrönter Journalist aus Indien.
www.dsharma.org

Die 64 Hinterwälder-Rinder der Familie Dietsche gucken ein wenig erstaunt, als sie am späten Nachmittag zum Melken in den Stall getrieben werden: Auf dem Hof davor haben sich 30 Menschen aus über 15 Nationen versammelt, darunter China, Sri Lanka, Uganda, Nicaragua und Indonesien. Sie befinden sich auf Einladung der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen Germanwatch, Euronatur und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und mit Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz auf einer Tour über vier Bauernhöfe im Südwesten Deutschlands. Die meisten von ihnen sind Diplomaten, die ihr Land bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) in Genf vertreten.

Zwischen balgenden jungen Katzen und großen Melkkanne führt Bauer Adolf Dietsche die Exkursions-Gruppe über seinen Hof im Münstertal im Schwarzwald, der auf knapp 1000 Metern Höhe an steilen grünen Hängen liegt. Die Septembersonne wärmt wohnend, während Dietsche von harter Arbeit erzählt: vom langen Winter, vom Mähen der steilen Wiesenhänge. „Das ist nicht jedermanns Sache, aber Veronika traut sich das schon zu.“ Seine Tochter, gelernte Krankenschwester, wird den Hof bald übernehmen.

Dietsches Betrieb könnte – wie viele andere Höfe in Deutschland – ohne Subventionen nicht überleben. Sein Einkommen ist bescheiden: Die Jahresproduktion von 122.000 Liter Milch bringt bei einem Literpreis von etwa 30 Cent ungefähr 36.000 Euro im Jahr in die Kasse – für drei Personen. „Meine Tochter hat als gelernte Krankenschwester alleine so viel verdient wie wir auf dem Hof zu dritt mit unserer Leistung.“ Viele der Exkursionssteilnehmer aus aller Welt, die mit Hilfe eines Simultandolmetschers interessiert zuhören, sehen die EU-Subventionen für europäische Bauern sehr kritisch. „Unsere Bauern bekommen überhaupt keine Subventio-



Süd trifft Nord: Vertreter von Entwicklungsorganisationen aus Zimbabwe und den Philippinen auf einem Bauernhof im Schwarzwald

nen,“ sagt Kweronda Ruhemba aus Uganda. „Sie produzieren sehr günstig und haben oft trotzdem keine Chance, ihre Produkte zu verkaufen. Denn die subventionierten Überschüsse aus Europa kommen zu Billigpreisen auf unsere Märkte. Wenn die Subventionen in den entwickelten Ländern abgeschafft würden, könnten unsere Bauern ihre Lebensmittel wieder auf unseren Märkten verkaufen oder in den Norden exportieren. Von dem verdienten Geld könnten sich die Leute bei uns irgendwann auch Produkte wie Radio und Fernseher leisten, an denen die Industrieländer verdienen. Allen wäre geholfen.“

Santiago Urbina aus Nicaragua ergänzt: „Ich verstehe, dass es Programme geben muss, die das ländliche Leben in benachteiligten Regionen erhalten helfen, so wie hier im Münstertal. Aber wir können nicht verstehen, warum in den

reichen Ländern unter hohem finanziellen Aufwand Lebensmittel produziert werden, die man in anderen Ländern effizienter herstellen könnte.“ Das Ausmaß der europäischen Agrarsubventionen ist gigantisch: Im Jahr 2002 gab die EU fast die Hälfte ihres Gesamthaushaltes für die Landwirtschaft aus, nämlich über 43 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte davon erhielten die Bauern als Direktzahlungen – je nach Größe der mit bestimmten Feldfrüchten bewirtschafteten Fläche oder der Zahl der gehaltenen Rinder oder Schafe – aber ohne die Berücksichtigung ökologischer oder sozialer Kriterien. Nur 10% der Subventionen kamen der Entwicklung des ländlichen Raums zu Gute, darunter umwelt- und sozial-relevante Leistungen der Bauern. Außerdem gab es Beihilfen für bestimmte Produkte wie Oliven, Baumwolle oder Tabak und für den Export von Lebens-

mitteln. Allein für diese sogenannten Exportsubventionen wurden 2002 3,6 Milliarden Euro gezahlt – Steuergelder, mit deren Hilfe die Überschussproduktion Europas auf dem Weltmarkt veramscht wird.

Vom bisherigen Subventionssystem profitierten vor allem die großen, intensiv wirtschaftenden Betriebe. Mit den Luxemburger Beschlüssen vom 26. Juni 2003 gibt es zwar jetzt erste Ansätze für eine Neuorientierung der EU-Agrarpolitik hin zur Förderung einer nachhaltigen, extensiven Landwirtschaft. Doch reichen die Beschlüsse bei weitem nicht aus. Außerdem haben die einzelnen Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Beschlüsse große Spielräume. Erst in den kommenden Monaten und Jahren wird sich zeigen, ob extensiv wirtschaftende Kleinbauern wie die Familie Dietsche überleben können.

Fortsetzung auf Seite 2

Kleinbauern in Nord und Süd schützen!

Projekt für eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik startet

Kleinbauern gehören weder im Süden noch im Norden zu den Gewinnern der bisherigen Agrarpolitik. In einem neuen gemeinsamen Projekt wollen Germanwatch und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine breite öffentliche Debatte darüber anstoßen, wie die Lage der Kleinbauern verbessert werden kann. Im Rahmen des Projektes sollen zudem Alternativvorschläge für eine Neuorientierung der europäischen Agrarpolitik erarbeitet werden.

Die europäische Agrarpolitik hat vielfältige Auswirkungen auf Länder im Süden. Besonders das sogenannte

Agrar-Dumping (Verkauf subventionierter Agrarprodukte zu Billigpreisen) ist für Kleinbauern in sogenannten Entwicklungsländern existenzbedrohend. Viele können mit den Dumpingpreisen nicht mithalten und ihre Produkte im eigenen Land nicht mehr verkaufen. Da sie meist keine anderen Einkommensmöglichkeiten und auch keine soziale Absicherung haben, sinken sie ab in Hunger und Armut.

Aber auch in Europa stößt das bisherige Modell der Subventionierung zunehmend auf Kritik. Denn es setzt zu stark auf die Förderung einer intensiven, an großen Mengen orientierten landwirtschaftlichen Produktion. Auch

hierzulande sind Leidtragende der EU-Subventionspolitik Kleinbauern und -bäuerinnen: Sie können im Wettbewerb mit den Großbetrieben nicht mithalten, weil diese überdurchschnittlich von den Subventionen profitieren. Die im Sommer 2003 beschlossene neueste Reform der EU-Agrarpolitik, für die sich das Ministerium von Renate Künast besonders eingesetzt hatte, kann langfristig Veränderungen bewirken. In welche Richtung diese gehen werden, ist aber noch nicht klar – hier ist entwicklungs- und agrarpolitische Einflussnahme der Zivilgesellschaft gefordert.

Germanwatch und die AbL wollen deshalb in die Diskussion zur Neuorientie-

rung der europäischen Agrarpolitik sowohl die breite Öffentlichkeit als auch möglichst viele Entwicklungs-, Landwirtschafts- und Umweltverbände auf nationaler und internationaler Ebene einbeziehen. Denn einer der Hauptgründe für den geringen entwicklungspolitischen, sozialen und umweltpolitischen Fortschritt der europäischen Agrarpolitik ist die Passivität der Öffentlichkeit in der Debatte. Nur wenn die Aufmerksamkeit und der öffentliche Druck groß genug werden, wird es möglich sein, entscheidende Veränderungen politisch durchzusetzen.

Dr. Brigitta Herrmann

Bittersüßer Vorschlag

Zur Reform der europäischen Zuckermarktordnung

Der Vorschlag sendet [...] ein klares Signal an unsere internationalen Partner und die Entwicklungsländer. Europa meint es ernst mit seinen Agrarreformen“, erklärte EU-Kommissar Franz Fischler am 14. Juli bei der Präsentation des Vorschlags der EU-Kommission zur Reform der europäischen Zuckermarktordnung. Die wesentlichen Eckpunkte: eine stufenweise Minderung der Zuckerproduktion um 2,8 Millionen Tonnen, Quotenhandel zwischen den EU-Mitgliedstaaten, eine starke Senkung der internen Preise sowie Kompensationen für europäische Zuckerrübenbauern in Form entkoppelter Direktzahlungen. Exporte und Exporterstattungen sollen laut Fischler „massiv“ gekürzt werden. Den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern (sog. *Least Developed Countries* - LDCs) soll ab 2009 ein zoll- und quotenfreier Marktzugang gewährt werden. Die bestehenden Präferenzen für AKP-Länder (in Afrika, der Karibik und dem

Pazifik) sollen beibehalten werden, allerdings auf einem niedrigeren Preisniveau.

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie Germanwatch, FIAN und der BUND haben den Kommissionsvorschlag jedoch als unzureichend kritisiert. Denn die angekündigte Quotensenkung reicht nicht aus, um Überproduktion und Dumping wirklich zu beenden. Exporterstattungen und der Re-Export von importiertem AKP-Zucker sollen beibehalten werden.

Hinzu kommt, dass die ärmsten Länder, die LDCs, keine eigenen Quoten erhalten und aufgrund der Preissenkungen deutlich weniger von der Reform profitieren werden als erhofft. Erschwert wird dadurch auch die Bindung von Umwelt- und Sozialstandards, da eine solche Bindung innerhalb der WTO nur bei der

Vergabe von Quoten erlaubt ist. Sie wäre aber eine zentrale Voraussetzung, damit auch Landarbeiter von Exportsteigerungen profitieren und Kleinbauern nicht weiter durch Großbetriebe und Monokulturen verdrängt werden.

Rückenwind erhielten die Entwicklungsländer derweil durch einen Beschluss des WTO-Panels. Dieses gab einer Klage von Brasilien, Thailand und Australien gegen das Zucker-Dumping der EU statt und erklärte alle EU-Zuckerexporte über 1,2 Millionen Tonnen hinaus für illegal. Demnach müsste die EU ihre Exporte um 4,3 Millionen Tonnen zurückfahren. Inwieweit die EU den Kommissionsvorschlag in diese Richtung überarbeitet und ein tatsächliches „Signal an die Entwicklungsländer“ aussendet, bleibt abzuwarten.

Armin Paasch
Agrarreferent bei FIAN-Deutschland

Zucker aus Brasilien

Die Zuckerwirtschaft in Brasilien ist in Aufbruchstimmung. Nach einer Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) Anfang August muss die EU Subventionen für exportierten Zucker abbauen. Die brasilianischen Produzenten sind zuversichtlich, dass sie die Marktanteile der EU auffangen werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie des Food First Information and Action Networks (FIAN) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

(Kostenloser Download: <http://sucr.ethique.free.fr/download/fra-sugarcane.pdf>)

Mit etwa 150 US-Dollar pro Tonne hat Brasilien weltweit die geringsten Produktionskosten, gegenüber einem Weltmarktpreis von 250 US-Dollar. Jedoch warnt die Studie vor den ökologischen und sozialen Auswirkungen des brasilianischen Zuckerrohranbaus, die den vermeintlichen Gewinn an Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd in Frage stellen.

Die heutigen Anbauflächen Brasiliens betragen 5 Millionen Hektar, die sich im Nordosten und in den südlichen Landesteilen konzentrieren. Auch heute noch sind die Zuckerrohrgebiete

von Ausbeutung, Kinderarbeit, Hunger, Gewalt und Landkonflikten geprägt. Die eigentlich fruchtbaren Regionen zählen hinsichtlich des Lebensstandards der Bevölkerung heute zu den ärmsten der Erde. Ferner entstanden Umweltprobleme unter anderem durch das Vordringen der Plantagen in den Küstenregenwald, durch Agrarchemikalien und Industrieabwässer. Die Erschließung neuer Flächen für den Export findet heute vor allem in den Ökosystemen des Cerrado (Savannen) statt. Allein durch die Marköffnung der EU sind schätzungsweise 68.000 Kleinbauern in ihrer Existenz bedroht, weil sie durch die Expansion der Zuckerrohrflächen ihr Land verlieren könnten. Dem stehen nur 17.000 neu geschaffene Arbeitsplätze gegenüber. Seit langem fordern brasilianische Umwelt- und Sozialverbände anstatt des Exports die Bedürfnisse der Bevölkerung in den Mittelpunkt nationaler Landnutzungspolitiken zu rücken. Doch selbst unter der Regierung Lula liegt der Schwerpunkt weiterhin einseitig auf Maßnahmen zur Exportförderung.

Dr. Klemens Laschekski

Industrieländer sichern ihre Privilegien

Ein Kommentar zum neuen WTO-Rahmenabkommen

Am 1.8. haben die Mitgliedsstaaten der WTO (World Trade Organization – Welthandelsorganisation) ein Rahmenabkommen verabschiedet, das die Eckpunkte für die weiteren Verhandlungen innerhalb der so genannten Doha-Entwicklungsrunde festlegt. Germanwatch hatte im Vorfeld dieser Entscheidung in Konsultationen mit der EU-Kommission und dem Bundesministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft insbesondere auf das drängende Problem des Dumpings im Agrarbereich und die Ungleichgewichte im Verhandlungsentwurf zu Lasten der sogenannten Entwicklungsländer hingewiesen. Sowohl der europäische Handelskommissar als auch der US-Handelsbeauftragte waren hoch zufrieden mit dem Abschluss des Abkommens. Auch einige Entwicklungsländer äußerten sich zunächst positiv, da der Einstieg in den Ausstieg aus den Exportsubventionen der Industrieländer im Agrarbereich angestrebt wird. Allerdings fehlt ein Datum für die Beendigung des Dumpings durch Exportsubventionen, Exportkredite, Exportversicherungen, Staatshandelsgesellschaften und Nahrungsmittelhilfe. Frankreich hat nach Abschluss der Verhandlungen vorge schlagen, das Jahr 2015 oder 2017 anzuzusetzen. Das würde denjenigen, die jetzt unter dem Dumping leiden, wenig nützen. Die sonstigen Subventionsmöglichkeiten im Agrarbereich haben mit dem neuen Abkommen eher zugenommen. Die USA haben sich innerhalb der sogenannten „blauen Box“ ihre Zahlungen genehmi-

gen lassen, mit denen sie ihre Bauern bei unerwartet niedrigen Preisen für Agrarerzeugnisse unterstützen. Darüber hinaus setzt die vorgesehene Reduzierung der allgemein als handelsverzerrend eingestuften Subventionen nicht bei der tatsächlichen Höhe an, sondern bei der „gebundenen“ Höhe, d.h. einer fiktiven Grenze, die die WTO-Mitglieder vorher als Höchstgrenze für mögliche Subventionen festgelegt haben. Demnach könnte die EU ihre handelsverzerrenden Agrarsubventionen noch um über 20 Milliarden Euro

erhöhen – trotz der vorgesehenen 20-prozentigen Reduzierung der gebundenen Subventionen. Vehement kritisiert wurde auch das unfaire Verfahren der Verhandlungen in Genf. Viele Delegationen der Entwicklungsländer waren bis kurz vor Schluss von den Verhandlungen ausgeschlossen. Durch die spezielle Auswahl von bestimmten Delegierten und den Ausschluss anderer, durch gezielten Druck auf einzelne Delegationen sowie zermürbende Nachsitzen und enormen Zeidruck war es

den Delegierten aus den ärmeren Entwicklungsländern nicht möglich, den Text mit ihren Heimatländern abzustimmen und das volle Ausmaß der Bestimmungen des Abkommens abzusehen. Zudem wollte keiner die Schuld für ein erneutes Scheitern der Verhandlungen tragen. Wegen der enormen Subventionen besonders in den USA ist die Existenzgrundlage von 10 Millionen Menschen in Westafrika gefährdet, die im Baumwollanbau arbeiten. Nicht einmal in diesem wichtigen Bereich für die ärmsten Länder

war man zu einer Sonderbehandlung des Themas bereit, obwohl dies viele Entwicklungsländer gefordert hatten. Baumwolle soll in den normalen Agrarverhandlungen behandelt werden.

Auch von Germanwatch war die Einführung eines effektiven Schutzes für Entwicklungsländer vor den Dumpingprodukten der Industrieländer gefordert worden. Die Schutzmöglichkeiten durch zwei mögliche handelspolitische Instrumente, „Special Products“ oder „Special Safeguard Mechanisms“, werden im Dokument angesprochen, nicht aber präzisiert. Zur Vorzugsbehandlung der Entwicklungsländer gibt es ebenfalls nur knappe Hinweise. Dagegen haben aber auch Industrieländer mit dem Rahmenabkommen die Möglichkeit, nach eigener Einschätzung Produkte als „sensibel“ einzustufen und die entsprechenden Märkte weiterhin in starkem Maße zu schützen. Ob bei den nun anstehenden Agrarverhandlungen Entwicklungsaspekte eine prominente Rolle spielen werden, ist aufgrund der Formulierungen im neuen Rahmenabkommen noch offen. Für Germanwatch heißt dies Intensivierung der Lobbyarbeit, um Fortschritte für Kleinbauern in Entwicklungsländern zu erreichen.

Dr. Brigitta Herrmann



Schwein gehabt: Glückliche Säue dürfen auch in Deutschland auf der Weide stehen

Überlebenstraining für Kleinbauern

Fortsetzung von Seite 1

Trotz dieser Unsicherheiten hat sich Veronika Dietsche für die harte Arbeit als Landwirtin entschieden. „In erster Linie natürlich wegen der Heimat. Aber ich mache die Arbeit auch gerne. Und unsere Hinterwälder, die an den steilen Hängen grasen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Landschaftspflege. Das ist wichtig für den Tourismus und damit für die ganze Gegend hier.“

Auch für die Entwicklungsländer bedeuten die Luxemburger Beschlüsse noch keinen wesentlichen Fortschritt: Es werden weiter riesige Mengen an subventionierten Überschüssen aus der EU auf ihre Märkte strömen. Über diese wettbewerbsverzerrenden Handelspraktiken wird zur Zeit in der WTO verhandelt. Dabei versuchen die EU und andere Industrieländer wie die USA, ihre teure, unfaire Subventionspolitik auf Kosten der Entwicklungsländer beizubehalten.

Der Nicaraguaner Urbina klagt: „Die reichen Länder wollen für viele Bereiche, in denen es um die Abschaffung oder Beschränkung von Subventionen geht, gar keine Reformen. Gleichzeitig versuchen sie, in anderen Bereichen der Verhandlungen alles von uns, den Entwicklungsländern, zu kriegen: zum Beispiel wenn es um Marktzulassungen für Industrieprodukte geht. Es ist einfach nicht fair.“

Gunther Willinger

Für eine nachhaltige, sozialverträgliche und faire EU-Agrarpolitik

Euronatur und Germanwatch fordern, dass die Agrarausgaben der EU an konkrete soziale Indikatoren und ökologische Aufgaben gekoppelt werden. Bauern sollen keine Almosen bekommen, sondern einen gerechten Lohn für qualitativ hochwertige Produkte, für eine humane Tierhaltung, für den Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft. Nur durch solch eine Umkopplung wird die EU ihre Landwirte aktiv in Richtung einer nachhaltigen und extensiven Landwirtschaft lenken können. Kleinbäuerliche Struktu-

ren könnten erhalten, die Umwelt geschont und die Produktion von Überschüssen reduziert werden. Damit würde auch der Export von Dumpingprodukten zurückgehen und es käme zu einer Entlastung der Weltmärkte. Das wiederum würde den Entwicklungsländern eine faire Chance auf eine nachhaltige Entwicklung geben und das Überleben ihrer Bauern ermöglichen. Mit EU-Agrarsubventionen, die eine nachhaltige Landwirtschaft fördern, würde also sowohl der Norden als auch der Süden gewinnen.

Unterbieten Verboten!

Die Germanwatch-Kampagne gegen Dumping im Agrar-Bereich

Kennen Sie Alma? Alma ist eine hübsche, schwarz-weiß gefleckte Milchkuh mit großen dunklen Augen, das Maskottchen der Germanwatch-Kampagne „Unterbieten Verboten“ gegen Agrar-Dumping.

Alma hat eine entfernte Verwandte in Indien namens Rami. Weil Ramis Bäuerin in Indien nicht mit den subventionierten Milchexporten der EU konkurrieren konnte, musste sie Rami verkaufen. Rami wendete sich mit der Bitte um Hilfe an Alma - diese wiederum entschloss sich, von da an bei Germanwatch als Maskottchen mitzuarbeiten und sich für einen fairen Agrarhandel zu engagieren.

Alma und ihre Geschichte lockte beispielsweise am 26.06. in der Dortmunder Innenstadt junge und alte Besucher zum Germanwatch-Informationsstand bei den „Aktionstagen Ökolandbau“. Die Geschichte gibt einen spielerischen Überblick über Agrardumping und dessen verheerende Folgen für lokale Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Am Stand selber liegen Broschüren zur Information aus und sorgen für Diskussionsstoff. Auch der knallrote Bierdeckel



Alma, die Dumping-Kuh, lockte in Dortmund Jung und Alt zum Germanwatch-Stand

im Stoppschild-Design mit der Aufschrift „Unterbieten Verboten!“ ist bei Besuchern sehr beliebt (siehe Bestellcoupon). In Zusammenarbeit mit zahl-

reichen nordrhein-westfälischen Einzel-Initiativen und Weltläden wird er auch bei Feierlichkeiten verteilt und an Privatleute abgegeben.

Germanwatch setzt sich mit der Kampagne „Unterbieten Verboten“ für mehr Gerechtigkeit im Welthandel ein. Ziel ist es, Dumping im Agrar-

bereich zu unterbinden und den Entwicklungsländern Rechte einzuräumen, mit denen sie sich gegen Dumping wehren können. Exportsubventionen sollen abgeschafft und die frei werdenden Gelder in Umwelt- und Entwicklungsprogramme investiert werden. Diese Forderungen werden in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern entwickelt. Außerdem wird der deutschen Regierung und der EU-Kommission in der Agrar- und Handelspolitik auf die Finger geschaut und das Thema wird über verschiedene Aktionen in die breite Öffentlichkeit getragen.

Alma wird in Zukunft noch häufiger zum Einsatz kommen: Germanwatch wird verstärkt Veranstaltungen besuchen, um vor Ort Öffentlichkeitswirkung auf die negativen Folgen des Agrardumpings hinzuweisen und Alternativen für einen fairen Handel aufzuzeigen. Die nächste Gelegenheit für ein Treffen mit Alma, der Dumping-Kuh, ist übrigens der UN-Tag am 23.10. 2004 auf dem Bonner Marktplatz.

Lukas Fendel



„Unterbieten Verboten“ - das Agrar-Dumping der EU muss gestoppt werden, damit Kleinbauern im Süden deswegen nicht länger hungern. Das ist die Botschaft des Kampagnen-Bierdeckels. Er wird bei Veranstaltungen und in Kneipen verteilt und kann kostenlos bestellt werden.

Bestellcoupon

Das Informationsfaltblatt zur Kampagne und den „Unterbieten Verboten“-Bierdeckel können Sie ab sofort über tradewatch-bonn@germanwatch.org, postalisch im Bonner Büro oder unter der Telefonnummer 0228/60492-15 bestellen. Die Bierdeckel sind jeweils zu 100 Stück abgepackt.

Ich bestelle hiermit _____ Stück Aktions-Bierdeckel und _____ Stück Informationsblätter „Unterbieten Verboten“. Freiwillig lege ich _____ Euro in Briefmarken als Beteiligung an den Postkosten bzw. als Spende für die Kampagne bei. Bitte senden Sie die Bierdeckel an folgende Adresse:

Bitte freimachen und senden an: Germanwatch e.V., Stichwort: Bierdeckel, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn

Dumping bedeutet im Regelsystem der Welthandelsorganisation (WTO), dass Produkte künstlich verbilligt und unterhalb der Produktionskosten im Herstellungsland auf den Markt gebracht werden. Das Agrar-Dumping der Industrieländer zerstört die Existenzgrundlage vieler Kleinbauern im Süden.

Dumping ist normalerweise eine in der WTO untersagte Handelspraxis, gegen die sich jedes Mitgliedsland mittels Antidumpingmaßnahmen zur Wehr setzen kann. Im Agrarbereich ist es für Entwicklungsländer aber kaum möglich, Antidumpingmaßnahmen zu ergreifen. Zudem ist die Subventionierung der Agrarproduktion nach den Regeln der WTO erlaubt und in den reichen Ländern der EU und der USA die Regel. So kommen diese hoch-

subventionierten Produkte oft zu Niedrigstpreisen auf den Weltmarkt.

Die Kleinbauern in den Entwicklungsländern können mit diesen niedrigen Preisen nicht konkurrieren und sich auch nicht gegen die subventionierten Importe schützen. Das Anheben der Zölle auf importierte Lebensmittel ist den Entwicklungsländern zudem oft auf Druck der Kreditgeber Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank untersagt. Die Landwirte verlieren dadurch in vielen Fällen ihren heimischen Absatzmarkt und damit auch ihre Lebensgrundlage. Dies trifft die Entwicklungsländer besonders hart, weil hier durchschnittlich 70% der Menschen von der Landwirtschaft leben. Das Resultat dieser ungerechten Strukturen im Welthandel sind in vielen Fällen

ländliche Verarmung, Hunger und Landflucht.

Doch nicht nur den Menschen im Süden schaden das derzeitige Ausmaß und die Art der Agrarsubventionen, sondern auch der Umwelt im Norden: Denn sie belasten die Masse statt Qualität und regen so die Landwirte zu erhöhtem Dünger- und Pflanzenschutzmitteleinsatz und zur Produktion von Überschüssen an. Zudem werden Subventionen häufig schlecht verteilt, so dass vor allem wenige große Betriebe in der EU die Zuschüsse abschöpfen. Es ist deshalb dringend notwendig, das europäische Subventionssystem zu überarbeiten und Subventionen, die zum Dumping beitragen, abzubauen.

Rebecca Maat

Werden Sie Handels-Kampagnera / Handels-Kampagnero!

Ihr Engagement

Mit einem jährlichen Beitrag von mindestens 25 Euro fördern Sie die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Germanwatch-Kampagne „Unterbieten Verboten“. Handels-Kampagnera/os bekennen sich zu den Zielen der Anti-Dumping-Kampagne und erhalten regelmäßige Informationen zum Kampagnenverlauf. Ihr Engagement fördert punktgenu die genannten Anti-Dumping-Ziele, denn Ihre Spende ist **ausschließlich** zugunsten dieser Kampagne. Ihr Engagement ist unerlässlich für den Erfolg der Anti-Dumping-Kampagne.

Übrigens: Vor zehn Jahren war ein ähnlicher Germanwatch-Einsatz gegen den Export von EU-Rindfleisch zu Dumpingpreisen nach Westafrika erfolgreich: Aufgrund des massiven Einspruchs u.a. von Germanwatch stoppte die EU im Jahre 1994 dieses Rindfleisch-Dumping.

Bekämpfen Sie mit uns subventionierte Lebensmittel-Billigexporte der EU! Setzen Sie sich für Ernährungssicherung und das Recht auf Nahrung weltweit ein!

GERMANWATCH sagt: Danke!

Als Anerkennung für Ihr Engagement erhalten Sie als Dankeschön:

- ▶ Einladungen und Informationen zu den **Kampagnen-Events** durch Zusendung des Germanwatch-Mitgliederundbriefes.
- ▶ Das **Handels-Kampagnero-Zertifikat**, das nur Unterstützer der Kampagne erhalten, sowie den Kampagnero/Kampagnera-Anstecker, der Sie als Botschafter/in für gerechten Welthandel auszeichnet.
- ▶ Den aktuellen **Worldwatch** „Bericht zur Lage der Welt 2004“, wenn Sie unter den ersten zehn Kampagnero/as sind.

Ja, ich möchte Handels-Kampagnero/a werden und spende jährlich 25 Euro oder mehr.

- Ich unterstütze die Handels-Kampagne für 3 Jahre mit einem Jahresbeitrag von Euro _____
- Ich unterstütze die Handels-Kampagne für 2 Jahre mit einem Jahresbeitrag von Euro _____
- Ich unterstütze die Handels-Kampagne für 1 Jahr mit einem Jahresbeitrag von Euro _____

Ein Überweisungsträger liegt dieser Zeitung bei.

Bitte buchen Sie die Spende jährlich von meinem Konto ab.

Nr.:

Bank:

BLZ:

Datum/Unterschrift

Name:

Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Tel./Fax:

E-Mail:

Bitte ausfüllen und einschicken an: GERMANWATCH, Voßstr. 1, 10117 Berlin
Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie Anfang nächsten Jahres.



TERMINE

- Berlin, 20.-22.10.04: „Politik gegen Hunger III: Liberalisierung des Agrarhandels – eine Lösung?“ Veranstalter: Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft u.a.: 20.10., 19.30 h: Podiumsdiskussion mit Vertretern des Südens, Veranstalter: Germanwatch u.a., Ort: Landwirtschaftliche Fakultät der Humboldt-Uni, Invalidenstr. 42 www.policies-against-hunger.de
 - Bonn, 23.10.04, 11-17 h: **Tag der Vereinten Nationen**, u.a. mit einem Germanwatch-Stand zum Thema Nachhaltiger Konsum. Ort: Marktplatz, Eintritt frei.
 - Loccum, 8.-10.11.04: **Wirtschaftswachstum oder Klimaausgleich?** Industriepolitisches Kolloquium, u.a. mit Christoph Bals. Kontakt/Anmeldung: Andreas Dally (Ev. Akademie Loccum), Tel. 05766-81-108, andreas.dally@evlka.de
 - München, 12.11.04, 13-21 h: **Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen: Chancen und Grenzen** Veranstalter: Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, Ort: FH München, Lothstraße 34. Kontakt: Dr. Alexander Fonari, Tel. 089-35040796, info@eineweltnetzbayern.de
 - Hamburg, 12.-14.11.04: **Klimakongress Hamburg 2004: verkehr-macht-klima** u.a. mit Dr. Dietrich Brockhagen Veranstalter: BUND und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie Ort: Geomatikum der Uni Hamburg www.verkehr-macht-klima.de
- www.germanwatch.org/termine

„Wir tragen nicht zur Überproduktion bei“

Interview mit Adolf Dietsche, Milchbauer im Schwarzwald



Herr Dietsche, welche Subventionen brauchen Sie für Ihren Betrieb?

Ich habe mich bewusst dafür entschieden, in den steilen Hängen um meinen Hof extensive Landwirtschaft zu betreiben. Unsere kleinen, leichten Hinterwälder-Rinder sind an die natürlichen Bedingungen hier angepasst, belasten den Boden nicht und produzieren pro Kuh nur viereinhalbtausend Kilo Milch im Jahr. Damit tragen wir in kleinster Weise zur Überproduktion bei. Dafür ist unser Einkommen gering, und ohne Subventionen könnten wir nicht überleben.

Die Entwicklungsländer kritisieren die Agrarsubventionen der EU. Es handele sich um Wettbewerbsverzerrung auf Kosten der Bauern in ihren Ländern. Was meinen Sie?

Für Betriebe im Flachland mit allen Subventionsmöglichkeiten trifft das zu. Ich kann die Interessen der Entwicklungsländer oder der neuen EU-Länder verstehen. Jedes Volk und jedes Land will ja existieren und leben

können. Aber wenn wir hier in 1000 Metern Höhe keine Subventionen bekommen, müssten wir Kraftfutter einsetzen, um die Produktion zu erhöhen. Das wäre auch nicht im Interesse der Entwicklungsländer. Andere Betriebe produzieren auch hier in unserer Höhenlage Tiere, die 8000 bis 10.000 Kilo Milch im Jahr geben – das kann ich in kleinster Weise vertreten. Das trägt zur Bodenerosion an den Hängen bei.

Ist es denn notwendig, in dieser Höhe noch Landwirtschaft zu betreiben?

Wir Bauern haben hier ja auch eine Verpflichtung, die Landschaft zu pflegen. In den 70er und 80er Jahren haben hier viele ihre Betriebe aufgegeben. Wenn noch mehr Höfe zumachen würden, dann würde auf den Wiesen schnell Gestrüpp und Wald nachwachsen. Das wäre nicht mehr ansehnlich, und über kurz oder lang wäre auch der Tourismus hier gestorben. Da hängt eben sehr viel dran, das eine geht nicht ohne das andere.

„Jede Subvention verzerrt den Wettbewerb“

Interview mit Anne Kamau, WTO-Verhandlerin Kenias in Genf

Fran Kamau, was ist der Unterschied zwischen Bauern in Deutschland und in Ihrer Heimat?

Bauern in Deutschland sind reich, und sie bekommen viele Beihilfen. In Kenia sind sie sehr, sehr arm und kriegen keinerlei Unterstützung vom Staat. In Deutschland sind auch die Bauernhöfe viel größer, es scheint keine wirklich kleinen Farmen zu geben. Bei uns sind die Farmen sehr klein, manchmal nur einen halben Hektar groß, und da lebt eine Familie mit drei oder vier Kindern, mit Kühen... Verstehen Sie? In Kenia ist die Landwirtschaft ein Mittel zum Überleben, es geht nicht darum Gewinne zu machen wie in Deutschland. Die Farmer hier im Norden, die haben wirklich Geld, manche könnten sogar ohne Landwirtschaft auskommen. Unsere Bauern dagegen sind völlig abhängig vom Ertrag ihrer Felder, ohne ihn können sie nicht überleben.



führen, dass wettbewerbsverzerrende Subventionen in der Grünen Box landen.

Was ist gut an der Welthandelsorganisation, was müsste verändert werden?

Wir müssen am Verhandlungsablauf im Agrarbereich etwas ändern. Alle Mitgliedsstaaten müssen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Und wir müssen versuchen, das Doha-Mandat (der WTO-Ministerkonferenz 2001 in Doha, Katar) zu erfüllen und einen fairen Weltagrarhandel zu erreichen.

Was sind Ihre Ziele für die kommenden Verhandlungen in der WTO?

Wir wollen einen Konsens, dass die Agrarbeschlüsse „pro Entwicklung“ sein sollen. Das heißt, wir müssen in der Lage sein unseren Landwirtschaftssektor am Leben zu erhalten und ihn produktiver und wettbewerbsfähiger machen. Er ist unser wichtigster Wirtschaftszweig, der über 80 Prozent des Bruttosozialproduktes einbringt. Unsere Bauern müssen ein Einkommen haben und ihre Familien ernähren können.

Die Interviews führten Dr. Brigitta Herrmann und Ralf Willinger.

Impressum Homepage: www.germanwatch.org E-Mail: info@germanwatch.org Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Herausgeber: Germanwatch e.V. Büro Bonn: Dr. Werner Schuster-Haus Büro Berlin: Kaiserstraße 201 10117 Berlin Tel.: 030 2888 356-0 FAX: 030 2888 356-1 Redaktion: Dörte Bernhardt, V.i.S.d.P. Ralf Willinger Layout: Vol/Sievers Auflage: 97.000 Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

„Stichhaltiges zum Welttextilhandel“

Zum Ende dieses Jahres läuft das Welttextilabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) aus. Damit werden die Mengenbeschränkungen (Quoten) wegfallen, die seit Jahrzehnten vielen südlichen Exportländern von Textil- und Bekleidungsprodukten auferlegt waren. Garantierte die Quotenvergabe bisher vielen kleineren Exportländern einen gesicherten Absatz, so werden dann einige Länder (z.B. China) den Großteil der Produktion übernehmen („Staubsaugereffekt“) und damit in den kleineren Ländern dramatische soziale Engpässe verursachen. In der vorliegenden Untersuchung gelingt es den Verfasserinnen, Wider-

sprüchlichkeiten des Globalisierungsprozesses am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie transparent zu machen. Interessenslagen und Machtverhältnisse, Gewinner und Verlierer der neuen WTO-Regelungen nageln sie unmissverständlich fest. Zum Schluss werden die wichtigsten Handlungsoptionen nach dem Ende des Welttextilabkommens und ihre Verfechter vorgestellt – allerdings fehlt eine detaillierte Analyse der Konzepte. Wer sich für die bevorstehende Debatte zum Welttextilhandel rüsten möchte, dem sei der besprochene Band ans Herz gelegt.

Lukas Fendel



„Globales Spiel um Knopf und Kragen“, Sabine Ferenschild und Ingeborg Wick, Südwind-Texte 14, 67 Seiten broschiert, 7 Euro. Herausgeber: Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene; Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar. Zu bestellen bei: Südwind, Lindenstr. 58-80, 53721 Siegburg, Fax: 02241-51308.

Bestellen: Neue Publikationen

Alle hier gelisteten Publikationen können Sie bei den Internet-Links kostenlos herunterladen, oder gegen eine einmalige Versandkostenpauschale von 2 Euro zum angegebenen Preis bestellen. Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikation zum halben Preis. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ können Sie den fälligen Betrag in Briefmarken belegen. Bestellung bei: versand@germanwatch.org, oder telefonisch unter 0228/60492-0

- Politik braucht Weitblick - Neuer Germanwatch-Selbstdarstellungsflyer: kostenlos www.germanwatch.org/gwselbst/gw-flyer.pdf
- Dumping beenden - Ernährungsgrundlagen im Süden sichern! 8 Euro www.germanwatch.org/tw/dk04d.htm
- Dumping bei EU-Agrarexporten. Ein Quantifizierungsansatz am Beispiel Milch: 5 Euro www.germanwatch.org/tw/dkmlch.htm
- Hintergrundpapier: Germanwatch und BUND verklagen Bundeswirtschaftsministerium wegen Verweigerung von Klimaschutzinformationen zu Hermes-Exporten: 3 Euro www.germanwatch.org/rio/hermes.htm
- Blickpunkt WeltHandel, elektronischer Informationsdienst. E-Mail-Adresse angeben!
- KlimaKompakt, elektronischer Informationsdienst. E-Mail-Adresse angeben!

Weitere Publikationen finden Sie unter:

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname
Evtl. Organisation/Firma
Straße.....
PLZ, Ort
Tel./Fax:.....
E-Mail:.....

An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn bzw. formlose E-Mail an: versand@germanwatch.org

Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Wir setzen uns dafür ein, die bundesdeutsche Politik am Leitbild der Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Damit neue Chancen für eigenständige Entwicklungswege in Entwicklungsländern entstehen, fördert Germanwatch die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zu notwendigen Strukturveränderungen. Wohlstand und Reichtum der Welt kann der Norden nicht für sich allein beanspruchen. Im Gegenteil, eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden ist die Voraussetzung damit die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte. Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Weitere Informationen gibt's unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,44 Euro in Briefmarken beilegen):

Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500)